



Juristen-Komitee

Comité des Juristes
Comitato degli Giuristi

Committee Board

4 Gründe für ein **NEIN** zum Covid-19-Gesetz



juristen-komitee.ch



Warum ist ein NEIN zur Verlängerung des Covid-19-Gesetzes zwingend?

Bei Annahme der Schlussabstimmung zum Covid-19-Gesetz werden dem Bundesrat für weitere 18 Monate – bis zum 30. Juni 2024 – weitgehende Ermächtigungen eingeräumt. Der Bundesrat will weiterhin weiträumige und langanhaltende Zutrittsbeschränkungen (3G; 2G; 1G) gegenüber der gesamten Bevölkerung erlassen können. Und dies einzig gestützt auf willkürlich in die Höhe getriebene «Fallzahlen» aus PCR-Test. Zudem soll das Gesetz dringlich verlängert werden – obwohl hierfür mangels Bedrohungslage keinerlei Veranlassung und Rechtsgrundlage besteht.

Dabei steht heute ausser Zweifel fest: Die PCR-Methode erbringt für sich allein keinen tauglichen Nachweis für eine «übertragbare Krankheit». Ohne diesen zwingenden Nachweis (Art. 1 und 2 EpG) je erbracht zu haben, hat der Bundesrat aber ab September 2021 die gesamte Bevölkerung mit 3G (und dann 2G) über viele Monate ihrer Freiheit beraubt und viele Menschen genötigt, sich impfen zu lassen. Dies, obwohl für keine der COVID-19-«Impfungen» die Schutzwirkung und die Sicherheit jemals nachgewiesen wurde.

Bei Verlängerung des COVID-19-Gesetzes kann der Bundesrat das verfassungswidrige Zertifikat (3G; 2G; 1G) als Instrument der Nötigung jederzeit grundlos, unbefristet und ohne Kontrollmöglichkeit (BV 190) erneut reaktivieren. Das Parlament steht nun in der Pflicht, die Rechte des Volkes und die einmalige Schweizer Demokratie als Ganzes zu schützen (s. Art. 2; 148; 169; 170 BV). Es trägt deshalb die Verantwortung, dass neue Erkenntnisse zu PCR-Test, zur «Impfung», zu Sterbezahlen etc. endlich berücksichtigt werden. Es hat dem Bundesrat daher die beantragte «Carte Blanche» zu verweigern.

1 NEIN zum nutzlosen PCR-Test

«Indessen ist es gar nicht umstritten und übrigens allgemeinnotorisch, dass ein positiver PCR-Test keine Krankheitsdiagnose und für sich allein wenig aussagekräftig ist.»

Urteil 2C_228/2021 des Bundesgerichts vom 23. November 2021, E. 5.2.



SCAN ME
juristen-komitee.ch

2

NEIN zum illegalen Ausnahmezustand «auf Vorrat»

Die Aufrechterhaltung exekutiver Sonderkompetenzen «auf Vorrat» verstösst gegen das Legalitäts- und Verhältnismässigkeitsprinzip (Art. 5 BV).

Juristen-Komitee: Rechtsanalyse «Besondere Lage»



juristen-komitee.ch

3

JA zur sofortigen Untersuchung des Sterbegeschehens und des historischen Rückgangs der Geburtenrate

Prof. Dr. Konstantin Beck:
Übersterblichkeiten in der Schweiz
2020 bis 2022 (Woche 42)

Prof. Dr. Pietro Vernazza:
Analyse zur Korrelation
Covid-19-Impfung / Geburtenrückgang



impf-anzeige.ch



corona-elefant.ch



zur staatlichen Förderung der COVID-19-«Impfstoffe» mit fragwürdigem Nutzen-/Risikoverhältnis

Wirkungslos: Kein Nachweis für Schutz vor Übertragung und schwerem Verlauf.

Gefährlich: Die Risikosignale sind weltweit unübersehbar.



impf-anzeige.ch

